

Bundesbank

Lebhaft und entschlossen!

Anfang Januar lud die Bundesbank virtuell zur Verabschiedung ihres scheidenden Präsidenten Jens Weidmann, aber auch zur Einführung des Nachfolgers Joachim Nagel. Standesgemäß wurde die Veranstaltung mit einem herausragenden klassischen Streichquartett – dem Malion-Quartett – eingeleitet. Das Stück: Joseph Haydn, Streichquartett op. 64/4 G-Dur „Allegro con brio“. Den Titel könnte man mit „fröhlich mit Elan“ übersetzen. Eine bemerkenswerte Titelauswahl. Eine Andeutung an Weidmanns Stimmung zum Abschied, da er nun den aussichtslosen Kampf gegen die Windmühlen (Tauben) in der EZB nicht mehr ausfechten muss?

So verwundert es nicht, dass Weidmann in seiner Abschiedsrede für einen (scheidenden) Bundesbankpräsidenten erstaunlich deutlich wird. Gleich zu Beginn weist er explizit darauf hin, dass die fiskalische Union zwar von vielen gewollt wäre, aber dass diese eben nicht in den Verträgen verankert sei. Nicht fehlen darf auch der „Wink mit dem Baumstamm“ auf die No-Bail-Out-Klausel und der Hinweis auf das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenbank. Mit der Aussage „Eine grundlegende Vertragsänderung stand nie wirklich zur Debatte. Auch deshalb musste es aus meiner Sicht darum gehen, den bestehenden Ordnungsrahmen zu respektieren und ihn krisenfester zu machen. Es wird eine wichtige Zukunftsaufgabe bleiben, die Balance zwischen Handeln und Haften in diesem Rahmen sicherzustellen,“ gibt Weidmann den Staffelstab gleich mit einer Art Handlungsauftrag an seinen Nachfolger weiter.

Doch damit nicht genug der Kritik an der EZB. „Mit den geldpolitischen Sondermaßnahmen hat sich der EZB-Rat auf bislang unerkanntes Terrain gewagt. In den Diskussionen darüber war für mich immer zentral, dass die Notenbank ihr begrenztes Mandat respektiert. Notenbanker sind eben keine gewählten politischen Akteure und sollten deshalb keine Entscheidungen treffen, die Parlamenten und Regierungen vorbehalten sind. [...] Hier habe ich die Trennlinie zwischen Geldpolitik und Fiskalpolitik sicher enger gezogen als andere.“ Nicht nur deswegen stellte sich einem Betrachter die Frage, wie ehrlich gemeint Christine Lagardes Abschiedsworte auf dieser Veran-

staltung waren, dass sie traurig sei und ihr ein Freund verloren gehe.

Zum Schluss der Veranstaltung trat der neue Bundesbankpräsident ans Mikrofon. Mit seiner Einschätzung, dass Weidmann ein „starker Präsident in einer stürmischen Zeit“ gewesen sei, würdigte er den steten Einsatz von Weidmann. Dieser habe in „schwierigen Diskussionen Rückgrat bewiesen“. Nach der Ansage einer gestärkten internen Zusammenarbeit und einer forcierten Digitalisierung innerhalb der Bundesbank kam dann Nagel auch gleich auf das Thema Stabilität zu sprechen. Er betonte diese als Auftrag und Kern der Bundesbank. Nagel will an die bisherige (von Weidmann bestimmte) Linie der Bundesbank anknüpfen. Er fordert, PEPP eng an die Pandemie zu binden und mahnte an, den sehr expansiven Kurs der Geldpolitik nicht zu lange festzuschreiben und sich Handlungsoptionen offenzuhalten. „Denn bei aller Unsicherheit ist eines ganz klar: Wenn es die Preisstabilität erfordert, muss der EZB-Rat handeln und seinen geldpolitischen Kurs anpassen“, zeigte er klare Kante. Nagel wies explizit – als Sozialdemokrat wenig verwunderlich – auch noch einmal auf die sozialen Aspekte einer zu hohen Inflation hin. Offen zeigte er sich hingegen dafür, Klimaaspekten mehr Beachtung in der Geldpolitik zu schenken.

In englischer Sprache wandte er sich dann noch an die EZB-Präsidentin: „I am looking forward to fruitful discussions on the ECB Governing Council and to working with you, Christine.“ Es folgte das Malion-Quartett mit dem Stück „Animé et très décidé“ von Claude Debussy. Das könnte man übersetzen mit „lebhaft und sehr entschlossen.“ Eine erneut interessante Musikauswahl. Eine Hinweis darauf, wie er die „fruchtbaren Diskussionen“ führen will? Man darf gespannt sein.

Bankenaufsicht I

Die Angst vor Immobilien

Es sind die zwei Seiten derselben Medaille. Die Deutschen investieren trotz der stetig steigenden Preise für Grundstücke, Objekte oder das Bauen immer mehr Geld in Immobilien. Zum Ende des ersten Quartals des Jahres 2021 belief sich die Summe der von den Banken für den Wohnungsbau vergebenen Kredite laut Deut-



scher Bundesbank auf insgesamt rund 1,59 Billionen Euro. Ende 2019 waren es 1,47 Billionen Euro, Ende 2018 nur 1,39 Billionen Euro.

Für die deutsche Bankenaufsicht wird dieser „Traum von der Immobilie“, der natürlich gut für die deutsche Kreditwirtschaft ist, hält das doch in Zeiten von Null- und Negativzins wenigstens über Volumensteigerungen die Rückgänge des Zinsergebnisses einigermaßen in Grenzen, immer mehr zum Albtraum. Die Bundesbank warnt seit Jahren in den Finanzstabilitätsberichten vor den Risiken, die von überbewerteten Immobilien ausgehen. Aktiv geworden sind die Aufseher aber noch nicht, die makroprudenziellen Instrumente sind nach vor in der Schublade, nicht zuletzt weil diese einen erheblichen Eingriff in die Privatsphäre darstellen.

Die BaFin unter ihrem neuen Präsidenten Mark Branson ist da weniger zimperlich. Zum Entsetzen der kreditwirtschaftlichen Verbände plant sie den antizyklischen Kapitalpuffer, der seit 2020 wegen der Bewältigung der Corona-Pandemie ausgesetzt war, zeitnah wieder zu aktivieren. Doch statt 0,25 Prozent der risikogewichteten Aktiva auf inländische Risikopositionen müssen die Institute den Plänen zufolge nun stolze 0,75 Prozent zurücklegen. Hinzu kommt nach den BaFin-Plänen ein „sektoraler Systemrisikopuffer“ von 2,0 Prozent der risikogewichteten Aktiva auf mit Wohnimmobilien besicherte Kredite. Das erhöht die Kapitalanforderungen enorm. Für den antizyklischen Kapitalpuffer müssen rund 17 Milliarden Euro zusätzlich aufgewendet werden, für den sektoralen Systemrisikopuffer noch einmal 5 Milliarden Euro. Laut BaFin können die Institute die Anforderungen, die voraussichtlich ab 2023 vollständig zu erfüllen sind, fast vollständig aus bestehendem Überschusskapital erfüllen können, nur bei wenigen Instituten ergebe sich ein zusätzlicher Kapitalbedarf in geringer Höhe, heißt es.

„Mit diesen Kapitalpuffern tragen wir nicht nur den zyklischen Risiken Rechnung, sondern begegnen auch zielgenau den spezifischen Finanzstabilitätsrisiken am Wohnimmobilienmarkt, wo Preis- und Kreditwachstum momentan sehr stark sind“, begründet Branson die Maßnahme. Ergänzend zu den Kapitalmaßnahmen mahnt die Aufsicht Banken, Versicherungsunternehmen und andere Kreditgeber, angesichts der aktuellen Entwicklungen am Markt für Wohnimmobilien bei der Neukreditvergabe besonders vorsichtig zu sein. Sie er-

wartet eine konservative Bewertungs- und Kreditvergabepraxis, die Finanzierungen mit hohem LTV restriktiv behandelt und eine solide Schuldentragfähigkeit der Kreditnehmer dauerhaft, also auch in Stressphasen wie bei steigenden Zinsen, sicherstellt.

Genau das ist es aber doch, was die Deutsche Bundesbank den Banken und Sparkassen im Finanzstabilitätsbericht zugutehält. „Zwar steigt die Verschuldung der Haushalte bereits seit einigen Jahren, aktuell sehen wir aber keine stark nachlassenden Kreditvergabeestandards“, sagte Vizepräsidentin Claudia Buch bei der Vorstellung des Berichts im November 2021. Aber auch die Bundesbank fürchtet, dass das Bewusstsein für Risiken in der aktuellen Phase abnehmen könnte. So habe sich der Frühwarnindikator der Bundesbank, der die Wahrscheinlichkeit von Finanzkrisen signalisiert, während der Pandemie weiter erhöht. Entsprechend hält auch die Deutsche Bundesbank die Aktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers für richtig. Anders als die Bankenlobbyisten, die die Entscheidung scharf kritisieren und die Finanzierung des Aufschwungs in Gefahr sehen.

Ganz so schlimm wird es wahrscheinlich nicht kommen. Aber ein Geschmäcke hat es schon, dass die Bankenaufsicht Entwicklungen kritisiert, für die die Zentralbanken selbst verantwortlich zeichnen. Gäbe es über den Zins Anlagealternativen, würde sicherlich weniger Geld in den Immobilienmarkt fließen. Aber solange sich an der Geldpolitik nichts ändert, wird die Nachfrage weiterhin das Angebot übersteigen, was der Sorge vor einem Platzen der vermeintlichen Immobilienblase einiges an Kraft nimmt.

Bankenaufsicht II

Bundesbank beschwichtigt bei Basel III

Im Streit um die Umsetzung von Basel III in deutsches Recht hat die Deutsche Bundesbank noch einmal nachgelegt beziehungsweise nachgerechnet. Als die Pläne der EU-Kommission für den Umsetzungsfahrplan im Spätherbst 2021 vorgelegt wurden, gab es naturgemäß von Bankenvertretern Kritik, die an der einen oder anderen Stelle Nachbesserungsbedarf, gerade aus Sicht der vielfältigen deutschen Banklandschaft, geprägt von Mittelstand auf der einen

und wenig riskanten, langlaufenden Finanzierungen auf der anderen Seite, ausgemacht hatten. Vor allem für Institute, die zur Berechnung der Risiken interne Modelle anwenden würden und Mittelstandsfinanzierungen, bei denen die KMU kein externes Rating vorweisen können – die überwiegende Mehrzahl übrigens, würden sich die Kapitalanforderungen erhöhen, lautete der Vorwurf.

Stimmt nicht, sagt die Bundesbank jetzt. „Die rund 1300 deutschen Institute, die vorrangig kleine und mittelgroße Unternehmen finanzieren und den Standardansatz verwenden, werden kaum von steigenden Kapitalanforderungen betroffen sein“, sagt Joachim Wuermeling, im Bundesbank-Vorstand für den Bereich Bankenaufsicht zuständig. Und er kann das auch belegen. So erhält beispielsweise ein Kredit in Höhe von 4,8 Millionen Euro an ein KMU – ohne externes Rating – derzeit im Standardansatz im Durchschnitt ein Risikogewicht (RW) von 80 Prozent (100 Prozent RW \times KMU-Unterstützungsfaktor in Höhe von rund 0,8 für diese Position). Die laut Legislativvorschlag der EU-Kommission geltenden Risikogewichte werden für das Jahr 2025 (Annahme: Erstanwendung Output Floor in der Höhe von 50 Prozent), 2030 (Annahme: Volleinführung des Output Floor in der Höhe von 72,5 Prozent) und 2033 (Annahme: hybrider Ansatz ist nicht mehr in Kraft) ausgewiesen. Bundesbank-Berechnungen auf dieser Grundlage ergeben, dass sich für KMU ohne Investment-Grade-Eigenschaft das bei Floor-Bindung maximal mögliche Risikogewicht von derzeit 80 Prozent ab 2025 auf 40 Prozent reduziere. Ab 2030 steige das RW dauerhaft auf maximal 58 Prozent, 22 Prozentpunkte unter dem derzeitigen Status quo. Das Fazit der Bundesbanker: Bei all diesen Instituten sind keine höheren Risikogewichte und somit auch keine höheren Finanzierungskosten für die Realwirtschaft zu erwarten.

Kreditgenossenschaften I

Fusionieren lohnt sich

„Das Umfeld zwingt uns zum Größenwachstum“, sagte Matthias Hildner, Vorstandsvorsitzender der Wiesbadener Volksbank vor gut einem Jahr auf der damaligen Bilanzpressekonferenz und begründete so den Zusammenschluss mit der VR Bank Untertaunus, der wich-

tige Kosten- und Ertragssynergien ermögliche. Das brauche es, um weiterhin eigenständig leben und Geld verdienen zu können. Ein Jahr später zeigt sich in den Zahlen bereits, wie wichtig und richtig die Entscheidung für die Übernahme war, die im Jahr 2021 rechtlich, organisatorisch und technisch vollzogen wurde. Denn während Fusionsjahre üblicherweise von tendenziell negativen Effekten belastet sind, hat die Fusion bei der Wiesbadener Volksbank kaum Spuren im Vertrieb und kaum Spuren im Kundengeschäft hinterlassen.

Die Bilanzsumme des fusionierten Instituts sprang von 6,4 Milliarden Euro auf 7,3 Milliarden Euro. Damit ist die Wiesbadener nun die zwölftgrößte Volksbank der Bundesrepublik. Das Kundenkreditvolumen legte, getragen von Immobilienfinanzierungen, um 8,8 Prozent auf 5,1 Milliarden Euro zu und stieg damit stärker als die Einlagen, die um 7,6 Prozent auf 5,2 Milliarden anwuchsen. Inklusiv des Wertpapier- und des Vermittlungsgeschäfts stieg das gesamte Kundenvolumen von 12,9 Milliarden Euro auf 14,1 Milliarden Euro. Dieses kräftige Volumenwachstum hilft, die negativen Effekte der Geldpolitik ein Stück weit auszugleichen.

Das zeigt sich auch in der Ertragsrechnung: Der Zinsüberschuss legte wieder zu, von 105,9 Millionen Euro auf 110,4 Millionen Euro. Allerdings stammen davon rund 6 Millionen Euro aus der im Herbst 2021 von der DZ Bank für die Jahre 2019 und 2020 nachgezahlten, auf Geheiß der EZB zuvor eingefrorenen Dividende. Auch der Provisionsüberschuss konnte von 36,6 Millionen Euro auf 38,9 Millionen Euro gesteigert werden. Da die Kosten im Fusionsjahr nicht explodiert sind (87,8 nach 85,1 Millionen Euro) und auch das Bewertungsergebnis von nennenswerten Ausfällen verschont blieb, sondern im wesentlichen von Pauschalwertberichtigungen geprägt war (8,6 nach 7,4 Millionen Euro) verbleibt ein um fast 9 Prozent gesteigener Jahresüberschuss von 15,1 Millionen Euro. „Unter den gegebenen Sonderbelastungen ist das ein sehr gutes Ergebnis“, ordnet Hildner die Entwicklung ein. Und betont, dass die VR Bank Untertaunus auch 2021 schon „inhaltsreich und bei den Zahlen einen wichtigen Beitrag zum Ergebnis der Gesamtbank beigesteuert hat“. Die Kollegen hätten an vielen Stellen zum Nachdenken animiert und es seien auch Prozesse und Strukturen aus Idstein in die neue Bank übernommen worden.



Für die kommenden Jahre kündigt der Vorstandsvorsitzende sinkende Ergebnisse in der Größenordnung von 5 bis 10 Prozent an. Zumindest solange sich an der Geldpolitik nichts ändert. „Es wäre schon schön, mal wieder Bankgeschäft mit Zinsen machen zu können“, so Hildner. Entsprechend wichtig ist es, die Hausaufgaben beim Umstieg auf die digitale Welt, die die Wiesbadener Volksbank ausgemacht hat, schnell zu erledigen und über die Vermögensverwaltung, die seit 2021 nicht mehr nur der gut betuchten Klientel, sondern im breiten Kundengeschäft über die Filialen angeboten wird, wichtige Provisionserträge zu generieren. Das sollte gelingen.

Für die Wiesbadener war die Entscheidung zur Fusion also definitiv richtig. Natürlich sind Fusionen kein Allheilmittel für jede Volksbank oder Raiffeisenbank der Bundesrepublik. Aber das aktuelle Umfeld wird den Trend zu Zusammenschlüssen weiter befeuern. Vorläufig aber wohl nicht in Wiesbaden.

Kreditgenossenschaften II

Ein großer Sprung

Der 2018 eingeleitete Transformationsprozess der Volksbank Mittelhessen scheint sich immer mehr auszuzahlen. Im Kern dieses Prozesses, der Maßnahmen auf strategischer, kultureller, prozessualer und organisatorischer Ebene umfasst, geht es darum, im derzeitigen Niedrigzinsniveau Betriebsergebnisse von 0,75 Prozent der Durchschnittsbilanzsumme zu sichern und Grundlagen zu schaffen, diesen Wert in Zukunft auch wieder steigern zu können. Das Programm scheint sich auszuzahlen, denn 2021 hat die viertgrößte deutsche Volksbank erneut sehr ordentlich abgeschnitten. So konnte vorläufigen Zahlen zufolge sowohl der Zinsüberschuss (139 Millionen Euro nach 126 Millionen Euro) als auch der Provisionsüberschuss (59 Millionen Euro nach 58 Millionen Euro) gesteigert werden.

Beim Zinsergebnis profitierte die Volksbank Mittelhessen, wie andere Kreditgenossenschaften auch, von den im Herbst 2021 nachgeholten Dividenden-Ausschüttungen der DZ Bank für die Jahre 2019 und 2020. Zudem blieben Kreditausfälle nach wie vor Fehlanzeige. Dass das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft trotzdem mit 11,4 Millionen Euro deut-

lich über den 2 Millionen aus dem Vorjahr liegt, hängt laut Volksbank Mittelhessen mit einer Änderung der Berechnung bei Pauschalwertberichtigungen zusammen, was einen Effekt von 11,7 Millionen Euro ausmachte. Es hätten also, ohne diese Anpassung, Zuschreibungen von 0,3 Millionen Euro zu Buche gestanden. Bei sinkenden Personal- (71 Millionen Euro nach 73 Millionen Euro) und Sachkosten (46 Millionen Euro nach 47 Millionen Euro) verblieb unter dem Strich ein um 8 Millionen Euro höheres Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit nach Bewertung von 66 Millionen Euro.

Einen großen Sprung machte die Bilanzsumme. Nachdem diese schon im Jahr 2020 um knapp 1 Milliarde Euro zugelegt hatte, wuchs sie im Berichtsjahr erneut um stolze 10,5 Prozent oder 961 Millionen Euro und übersprang mit 10,1 Milliarden Euro erstmals in der Geschichte die Grenze von 10 Milliarden. Getragen wurde das von einem kräftig ausgebauten Kundengeschäft sowohl bei den Einlagen als auch auf der Kreditseite. „Wir sind die Konstante, mit der sie immer rechnen dürfen“, sagte der Vorstandsvorsitzende Peter Hanker bei Vorstellung der Zahlen. Kleiner Wermutstropfen: Die Einlagen stiegen schneller als die Kredite, wodurch sich der Einlagenüberhang kräftig um knapp 300 Millionen Euro auf 1,91 Milliarden Euro erhöhte. Kundenkrediten von 6,29 Milliarden Euro stand zum Jahresende ein Einlagenvolumen von 8,2 Milliarden Euro gegenüber.

Angesichts der Null- beziehungsweise Negativzinsen und der Inflationsentwicklung warnen die Verantwortlichen der Volksbank vor dem mit der anhaltend hohen Sparquote verbundenen Kaufkraftverlust. Ein stärkeres Engagement in Wertpapiere und Fonds können dem entgegenwirken. So legte das Kundendepotvolumen von 879 Millionen Euro auf 1,05 Milliarden Euro zu. Damit lag der Zuwachs mit 19,7 Prozent sogar über der Steigerung des Deutschen Aktienindex, der es im Jahresverlauf 2021 auf immerhin rund 15 Prozent brachte.

Die Volksbank Mittelhessen ist nur ein Beispiel von mehreren, die zeigen, dass es den genossenschaftlich organisierten Instituten recht ordentlich gelungen ist, sich auf die aktuellen Rahmenbedingungen einzustellen. Das macht Hoffnung für die Zukunft, denn irgendwann wird auch die EZB um eine geldpolitische Reaktion auf die Inflation nicht mehr umhinkommen und die Zinsen langsam anheben.